

FOKUS CHILE

Konrad-Adenauer-Stiftung Santiago

Mai 2015

AUSGABE 5

Zwei Tote bei Protesten in Valparaíso

Mitte Mai kamen bei Studentenprotesten in Valparaíso zwei junge Demonstranten ums Leben. Exequiel Borvarán (18) und Diego Guzmán (24), beide Studenten an der Universidad Santo Tomás de Viña del Mar, erlagen im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen, nachdem mehrere Schüsse auf die beiden abgefeuert wurden. Zu den genauen Umständen des Vorfalls ermittelt die Polizei. Der mutmaßliche Schütze, ein 20-jähriger Mann, wurde kurz nach dem Vorfall festgenommen. Zeugen hatten von einem Streit zwischen dem Tatverdächtigen und einer Gruppe von Demonstranten berichtet, in den auch die beiden Opfer involviert waren. Die jungen Protestler versuchten zuvor offenbar, ein Banner an der Fassade eines Gebäudes anzubringen, was der vermeintliche Todesschütze verhindern wollte.



Chiles Innenminister Jorge Burgos zeigte sich bestürzt über den Tod der beiden Studenten und kündigte eine rasche und gründliche Untersuchung des Falles an. Er verurteilte jegliche Form der Gewalt: „Die Regierung wird niemals Taten tolerieren, die Menschenleben gefährden und gleichzeitig garantiert sie die Ausübung des Demonstrationsrechts freier Bürger.“ Darüber hinaus bekundete er dem Präsidenten der Partido Comunista, Guillermo Teiller, sein Beileid im Namen der Regierung. Eines der Opfer engagierte sich für die Partei. Seit Wochen gehen wiederholt tausende Studenten im ganzen Land auf die Straße, um gegen die anhaltende Korruption im politischen System ihres Landes und für Reformen zu demonstrieren. Im Zentrum der Proteste stehen dabei die Korruptionsskandale "Pentagate" und "SQM". Viele Chilenen, allen voran junge Studenten, sehen die Demokratie in ihrem Land gefährdet und gehen deshalb vermehrt auf die Straße, um sie zu verteidigen.

Gesetz zur Beschränkung der Amtszeiten

Im Zuge der von Präsidentin Michelle Bachelet Ende April angekündigten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung stimmte die Senatskommission für Rechtschaffenheit und Transparenz am 14. Mai einstimmig für ein Gesetz, welches die Amtszeit von Mandatsträgern beschränken soll. Die neuen Regelungen betreffen Parlamentarier, Bürgermeister sowie Mitglieder von Regionalräten. Für Abgeordnete, deren Legislaturperiode 4 Jahre beträgt, liegt die maximale Amtsdauer nach dem neuen Gesetz bei 12 Jahren, nach 2 Wiederwahlen ist also Schluss. Die maximale Amtsdauer der Senatoren wird auf zwei Perioden von je acht Jahren beschränkt, ihnen wird also die Möglichkeit genommen, nach 16 Jahren für eine dritte Runde zu kandidieren. Obwohl das Gesetz, welches noch vom Senat verabschiedet werden muss, eine bedeutende Modifikation im parlamentarischen System Chiles darstellen würde, geht der Vorstoß einigen Abgeordneten nicht weit genug. Die Kritik bezieht sich vor allem darauf, dass das Gesetz in seiner bisherigen Form nicht rückwirkend angewandt werden soll, wodurch die bisherige Amtsdauer der Parlamentarier nicht berücksichtigt wird. Im Abgeordnetenhaus gibt es derzeit sechs Mandatsträger, die ihr Amt 1990, also vor 25 Jahren, antraten. Diese könnten also noch für zwei weitere Perioden kandidieren und erst 2025, also nach 35 Jahren, aus dem Amt ausscheiden. Gleiches gilt für neun Senatoren, welche seit 1990 ihr Mandat bekleiden und sich 2017 bzw. 2021 auf weitere acht Jahre wählen lassen könnten und somit 36 bzw. 40 Jahre im Senat gesessen hätten. Die Abgeordneten Felipe Kast (Evópoli) und Nicolás Monckeberg (RN) kündigten bereits an, eine Kommission einsetzen zu wollen um das Gesetz entsprechend abzuändern. „Der Kongress muss erneuert werden. Es ist absurd Gesetze zu beschließen, die erst in 10 oder 15 Jahren Anwendung finden.“, kommentierte Monckeberg. Jorge Insunza, Generalsekretär der Präsidentin, widersprach den Kritikern: „Rückwirkende gesetzliche Maßnahmen sind nicht möglich und von einem demokratischen Standpunkt aus betrachtet auch nicht gesund.“ Auch Ignacio Walker, Senator der DC, sprach sich gegen eine rückwirkende Beschränkung der Amtszeiten aus und hält das Gesetz in seiner jetzigen Form für ausreichend. „Es darf keine rückwirkenden Auswirkungen haben. Wir befinden uns nun in der ersten Amtszeit. Das ist eine schwerwiegende Beschränkung.“ Die Kritiker des Gesetzes möchten indes einen komplettierenden Gesetzesentwurf einbringen, sollte das Gesetz in seiner bisherigen Form vom Senat verabschiedet werden.

Luftverschmutzung in Chiles Hauptstadt

Die imposante Gebirgskette, die sich im Winter schneebedeckt hinter den modernen Wolkenkratzern der Millionenstadt Santiago de Chile erhebt, verleiht der Metropole ein einzigartiges Ambiente und ist ein beliebtes Motiv für Ansichtskarten. Doch den Bewohnern Santiagos bleibt dieser wunderschöne Anblick an den allermeisten Tagen des Jahres verwehrt, wenn der braun-graue Smog, der sich wie eine Dunstglocke über die Stadt legt, die klare Sicht auf die Berge verhindert. Die starke Belastung der Luft mit Feinstaub und sonstigen Abgasen stellt ein anhaltendes Problem für Chiles Hauptstadt dar. Dabei ist eben jene besondere geographische Lage Santiagos, eingekesselt zwischen hohen Bergketten auf der Hochebene des Maipo-Flusses gelegen, ein ausschlaggebender Faktor für die starke Smogbildung. Diese Umgebung verhindert eine rege Zirkulation der Luft, wodurch die Abgase aus der Stadt nicht abziehen können. Dieser Effekt wird im Winter noch verstärkt, wenn sich die Thermik verändert und die Winde sich weiter abschwächen. Das explosive Bevölkerungswachstum und der aufkommende Straßenverkehr verschärften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Problematik. Doch erst in den 90er Jahren rückte das Thema in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit und der Medien, wodurch sich nun erstmals die Politik veranlasst sah, Maßnahmen zu ergreifen. Seitdem wird durch ein Netz von Messstationen die kontinuierliche Überwachung der Luftqualität gewährleistet. Autofahrverbote, die Bildung von Fahrgemeinschaften, eine stärkere Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, gefördert durch modernere Busse, die Einführung umweltverträglicher Kraftstoffe, die Errichtung von "Grünen Zonen" und die Reduktion von Industrieabgasen sollten die Luftverschmutzung eindämmen. In den folgenden Jahren nahm die Abgasbelastung tatsächlich ab. Gab es 1997 in den Wintermonaten von April bis August noch 38 "Alertas", also Tage, an denen der Anteil an Schmutzpartikeln pro Kubikmeter Luft 240 Milligramm übersteigt, 37 "Pre Emergencias" (zwischen 300 und 500 Milligramm pro Kubikmeter) und vier "Emergencias" (über 500 Milligramm pro Kubikmeter), wurden 2005 lediglich vier "Alertas" und zwei "Pre Emergencias" registriert. Im vergangenen Winter wurden an insgesamt 12 Tagen erhöhte Werte gemessen, davon neun "Alertas" und drei "Pre Emergencias". Zum Vergleich: 1997 waren es insgesamt 79 Tage. Erfreulicherweise wurden seit der Jahrtausendwende auch keine extremen Verschmutzungslevel ("Emergencias") mehr registriert. Der kontinuierliche Rückgang der Luftverschmutzung dank konkreter Maßnahmen der Regierung stellt zwar eine Verbesserung der Situation dar, doch gilt es weiterhin Anstrengungen zu unternehmen, denn Viele Chilenen, besonders aber die Bewohner Santiagos, leiden nach wie vor unter der starken Smogbildung, besonders in den Wintermonaten, die gerade beginnen.